

Der nächste Auszuliefernde?

Die Bewegungen der Regierung und der FARC in der vergangenen Woche lassen vermuten, dass "Trinidad" für den Moment bleiben kann (nach dem Wochenmagazin SEMANA vom 6.12.04)

Um die Jahreswende 2003/04 wurde in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito "Simon Trinidad" verhaftet. Das Mitglied des Oberkommandos der FARC wurde an Kolumbien ausgeliefert und dort verurteilt. Zur Zeit überlegt die kolumbianische Regierung, ob sie dem Auslieferungsersuchen der USA nachkommen soll. Auslieferungsverfahren an die USA sind in der vergangenen Woche auch dadurch aktuell geworden, dass der Drogenboss Rodriguez Gacha an die USA ausgeliefert wurde und dass Präsident Uribe 23 FARC-Kämpfern, die ihre Waffen niedergelegt hatten, Straffreiheit gewährte A.d.Ü.)

Das leidige humanitäre Abkommen zur Freilassung von 59 Entführten, die sich in der Gewalt der FARC befinden, unter ihnen 22 Politiker, 34 Polizisten und Soldaten und drei US- Bürger, machte in der vergangenen Woche einen unerwarteten Fortschritt. Zum ersten Mal in den zwei Regierungsjahren von Alvaro Uribe akzeptierte die FARC eine Änderung ihrer Forderungen, wenn auch nicht im Inhalt, so doch bezüglich eines Ortes. Anstatt weiter zu fordern, dass Gemeinden im Departement Caquetá zur entmilitarisierten Zone erklärt werden, so dass dort der Gefangenen austausch stattfinden kann, schlug die FARC vor, dass zwei Gemeinden im Departement Valle del Cauca, nur 30km von der Millionenstadt Cali entfernt, entmilitarisiert werden: Pradera und Florida.

Warum hat die FARC diese plötzliche Wende eingeschlagen? War es eine Reaktion auf die Möglichkeit, dass die Regierung "Simon Trinidad" ausliefert, nachdem das Oberste Gericht die Rechtmäßigkeit einer Auslieferung bestätigt hatte? Ändert dieser Schachzug der FARC die Erwägungen der Regierung über die Zukunft von "Trinidad"? Besteht nun mehr Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem Gefangenen austausch kommt?

Zunächst ist festzustellen, dass das Communiqué der FARC ein Datum trägt, das vor der Geste der Regierung liegt, mit der diese für die 23 wegen Rebellion verurteilten FARC-Leute die Straffreiheit aussprach. Die Gruppe der von dieser Maßnahme Begünstigten, die zu durchschnittlich 7 Jahren Gefängnis verurteilt waren, versprach, weder in die Reihen der FARC zurückzukehren, noch in anderer Weise wieder den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Es handelt sich um Ränge unterhalb dem eines Kommandanten; sie sind ca. 25 Jahre alt und stammen aus verschiedenen Landesteilen.

Also ist es wahrscheinlicher, dass der neue Vorschlag der FARC mehr mit der möglichen Auslieferung "Trinidads" zu tun hat. Dieser, obwohl er einer der bekanntesten FARC-Führer ist, der während der Verhandlungen mit der Regierung Pastrana Sprecher der FARC war und der aus der regionalen Oberklasse von Valledupar stammt, hat für die FARC nicht die überragende Bedeutung, die man ihm oft beimisst. Er hatte keinen Befehlsrang in der Truppe, war nicht am Finanzmanagement der FARC beteiligt, wie es z.B. die Kommandantin "Sonia" war, die am 8. Februar gefangen genommen wurde.

Gleichwohl wäre eine Auslieferung "Trinidads" ein schwerer Schlag gegen einen eventuellen humanitären Gefangenen austausch, zumal auch die FARC in ihrem Communiqué mitteilte, dass ".....dies ernsthaft die Chance auf einen Austausch gefährden würde."

Fakt ist, dass die Guerilla sich aus mehreren Gründen bemüht, den Austausch voranzubringen. Erstens, weil sie darin einen politischen Erfolg sähe, während es in diesem Jahr keinerlei

militärische Erfolge gab. Zweitens gäbe ein Austausch der FARC Zeit zum Durchatmen an der internationalen Front, wo ihr Ruf infolge der Entführung von Personen wie Ingrid Betancourt, die seit fast drei Jahren gefangen gehalten wird, schwer gelitten hat. Und drittens weiß man, dass "Manuel Marulanda" (Oberkommandierender der FARC, A.d.Ü.) großes persönliches Interesse daran hat, dass einige seiner alten Genossen frei kämen, die im Gefängnis sitzen.

Auf Seiten der Regierung hat man natürlich darüber nachgedacht, welche Auswirkungen eine Auslieferung "Trinidads" auf einen Gefangenenaustausch und vielleicht darauf folgende Friedensverhandlungen haben könnte.

Uribe hat drei Optionen: Die Auslieferung abzulehnen, sie anzuordnen, aber ihre Ausführung zu verschieben, oder sie zu bestätigen und sofort auszuliefern.

Die erste Option zu wählen, hieße eine Botschaft guten Willens an die FARC zu senden, die aber auch als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden könnte, das nicht zu den sonstigen Positionen Uribes passen würde und sicherlich sehr unpopulär bei denen wäre, die ihn wegen seiner harten Hand gegen die Guerilla unterstützen.

Die dritte Option, "Trinidad" in die USA zu schicken, ist sehr riskant, da sie die Wahrscheinlichkeit eines humanitären Abkommens stark reduzieren würde, just zu einem Zeitpunkt, an dem es scheint, als käme ein Prozess dahin zustande.....

Wie ein Analyst feststellt, wäre das eine "irreversible Maßnahme", die sogar das Leben der Entführten in Gefahr bringen könnte und ein riesiges Hindernis für den Eintritt in einen Friedensprozess darstellte, der zu Ende wäre, noch ehe er begonnen hat.

Zum anderen wäre eine Auslieferung "Trinidads" das offene Eingeständnis, dass der kolumbianische Staat unfähig ist, einen Prozess zu führen, Urteile zu sprechen und Kriminelle unter Verschluss zu halten, die in diesem Land viel mehr und viel schwerere Verbrechen begangen haben als die, für die sie in den USA verfolgt werden.

Daher wäre vielleicht die passendste Option die zweite: Die Auslieferung auszusetzen mit dem doppelten Ziel, nämlich bei der Anbahnung eines Gefangenenaustauschs voran zu kommen und gleichzeitig Druck auf die FARC auszuüben, ernsthafter einen Waffenstillstand zu erwägen, den die Regierung zur Bedingung der Aufnahme von Friedensverhandlungen gemacht hat.

Es wäre dieselbe Logik, die die Regierung im Fall Mancuso (Zweiter Mann der Paramilitärs, gegen den ebenfalls Auslieferungsersuchen der USA vorliegt, A.d.Ü.) angewandt hat: Seine Auslieferung zu vertagen, während der Entwaffnungsprozess fortschreitet.

Die offizielle Regierungsantwort ist, dass man noch keine Entscheidung gefällt habe.

Obgleich die Angehörigen der politischen Entführten ihr Entsetzen hinsichtlich einer eventuellen Auslieferung "Trinidads" an die USA offen ausdrückten, konnten sie in der vergangenen Woche doch etwas aufatmen. Die Geste der Strafaussetzung für die 23 Guerilleros und der neue Vorschlag der FARC holten sie aus der Lethargie, in die sie in den letzten Wochen infolge des mangelnden Entgegenkommens von Regierung und FARC verfallen waren.

Am 28. Oktober bot die Regierung in einem Brief des Friedensbeauftragten Luis Carlos Restrepo an den Apostolischen Nuntius Benjamino Stella an, 50 verurteilte Guerilleros freizulassen und lud die FARC ein, in einer Botschaft in Bogotá oder in der Apostolischen Nuntiatur um eine Übereinkunft darüber zu schließen. Die Angelegenheit geriet ins Stocken, weil die FARC negativ reagierte.

Nun ist die Frage, ob diese neuen Nachrichten wirklich so positiv sind, wie sie scheinen, und das selbst dann, wenn die Regierung für die Aufschiebung von "Trinidads" Überstellung optieren sollte. Die Antwort ist: Nicht ganz so positiv. Die Entscheidung des Präsidenten, die Strafen gegen die FARC-Gefangenen aufzuheben, dürfte von den FARC-Chefs gar nicht so

erfreut aufgenommen werden. Einige Guerilleros freizulassen, die zusichern, nicht zur Truppe zurückzukehren und sich in die Gesellschaft zu integrieren, bestätigt Uribe Sicht, dass die Regierung nur einen Frieden akzeptieren sollte, der die Unterwerfung der anderen zur Grundlage hat.

Offensichtlich will das Oberkommando der FARC durch die humanitäre Übereinkunft 500 ihrer Mitglieder befreien, damit diese zur Truppe zurückkehren können. Dies aber ist eine unerfüllbare Forderung, aus rechtlichen Gründen, weil es der Regierung nicht erlaubt ist, für bestimmte Verbrechen, die diese Gefangenen begangen haben, Straffreiheit zu gewähren und aus politischen Gründen, weil eine derartige Konzession die Befürchtungen in der Gesellschaft nähren würde, die Entführungen gingen weiter.....

Andererseits ist die Forderung der FARC, zwei Gemeinden im Valle del Cauca zu entmilitarisieren, auch wenn sie ein Fallenlassen der unerfüllbaren Forderung nach einer ausgedehnten entmilitarisierten Zone in Caquetá bedeutet, immer noch schwer zu erfüllen. Die Regierung hat unaufhörlich erklärt, dass sie nicht bereit ist, ihre Truppen aus irgendeinem Landesteil abzuziehen, und es wird nicht einfach sein, sie ihre Meinung hierzu ändern zu lassen.

Und mehr, militärisch gesprochen hat der Wunsch der FARC auch seine strategische Seite. In der Gebirgszone um Pradera und Florida, die beiden Gemeinden, die die FARC entmilitarisiert sehen möchte, hat die permanente Anwesenheit der FARC eine lange Geschichte, vor allem durch die 6. Front unter dem Kommando von Pablo Catatumbo und der Mobilien Kolonne "Victor Saavedra", deren Chef "Leonel" Catatumbos rechte Hand ist. Diese Zone bildet einen natürlichen Korridor, der den Norden des Landes mit dem Süden verbindet. Von La Diana aus, dem Dorf bei dem sich vermutlich die Camps der FARC befinden, gelangt man leicht in die Departements Cauca, Tolima und Valle del Cauca und ins Tal des Cauca-Flusses, wo die Zentren der Zuckerindustrie liegen.

Zudem kontrolliert die FARC in dieser Gegend den Coca-Anbau. Weniger sind es eigene Pflanzungen, sondern, wie die Indianer des Stammes der Kwet Wala angezeigt haben, zwingt die Guerilla sie zur Anlage eines Coca-Feldes neben jedem Feld mit anderen Pflanzen. Zu diesem schon komplexen Panorama kommt hinzu, dass seit 2001, wie die Polizei von Valle del Cauca berichtet, die Paramilitärs begonnen haben, der FARC dort ihr Territorium streitig zu machen.

Obgleich Gouverneur Angelino Garzón erklärte, er betrachte die neue Offerte der FARC positiv, weil sie zur Reduzierung der Gewalt in der Gegend beitragen könne, hat die Regierung sich noch nicht geäußert.....

Es ist paradox: Beide Seiten wünschen den Gefangenenaustausch, der nach Meinungsumfragen heute von 76% der Kolumbianer befürwortet wird. Das Problem ist, dass man noch immer nicht über die Bedingungen angenähert hat, die zu schaffen sind, um ein Abkommen auszuhandeln. Über all dem schwebt nun auch noch die Auslieferung von "Simón Trinidad" wie eine latente Bedrohung.....